



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Politiklobby – Wem gehört der neue Bundestag?**
Bericht: Georg Restle, Philip Siegel
Datum: 26.09.2002

Sonia Mikich: "Und jetzt weiter: Wenn Sie glauben, dass Ihr Abgeordneter seinen Arbeitstag damit verbringt, Ihre Interessen im Bundestag zu vertreten, dann liegen Sie nur halb richtig.

Im alten Bundestag hatten etwa 50 Prozent der Parlamentarier Geschäftsbeziehungen zur privaten Wirtschaft: als Berater, als Aufsichtsräte, als Chefs von Unternehmen. Oder anders ausgedrückt: Jeder zweite bekam zusätzlich zu seinen Diäten auch noch Honorar von den unterschiedlichen Branchen.

Das ist legal. Manche sind inzwischen betuchte Lobbyisten mit großem Einfluss auf die Gesetzgebung. Das ist fragwürdig.

Bald beginnen 603 Abgeordnete ihre Arbeit im neuen Parlament. Georg Restle und Philip Siegel untersuchen, wie es mit Artikel 38 der Verfassung steht: 'Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.'"

Heinz Riesenhuber, der Mann mit der Fliege, letzten Samstag beim Wahlkampfendspurt im Main-Taunus-Kreis. Der Spitzenkandidat der hessischen CDU ist im neuen Bundestag wieder mit dabei. Seinen Wahlkreis hat er mit großem Abstand gewonnen. Aber Spitze ist der ehemalige Forschungsminister auch in ganz anderer Hinsicht: Kaum ein Abgeordneter hat mehr Nebentätigkeiten aufzuweisen als er. Als Aufsichtsrat oder Beirat vor allem für Biotech-Unternehmen, für die er sich auch im Bundestag als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses immer wieder engagiert. Für den CDU-Abgeordneten ist dies alles kein Problem.

Heinz Riesenhuber: "Wenn es darum geht, Bedingungen so zu setzen, dass Biotechnologie-Unternehmen erfolgreich sind, dann ist es mir schon sehr wertvoll, dass ich wirklich weiß, was ein Gesetz in der Praxis bedeutet."

Riesenhuber, der Kämpfer für die Biotechnologie. Wie eng der CDU-Abgeordnete privates Geschäft und politisches Mandat verquickt, zeigt zum Beispiel dieser Gesetzesantrag zur Förderung der Biotechnologie, der auch Riesenhubers Namen trägt. Darin fordert er unter anderem:

"Eine Wirtschaftspolitik, die die Entwicklung der jungen Biotech-Unternehmen stabilisiert."

Also genau solche Unternehmen, in deren Aufsichtsräten er sitzt und von denen er bezahlt wird.

Prof. Erwin K. Scheuch: "Das ist ein klarer Konflikt der Interessen, der im Falle Riesenhuber gegeben ist. Im Ausschuss als Vorsitzender des Ausschusses zumal macht er nicht nur Forschungs- und Technologiepolitik, sondern entscheidet auch über einzelne Gelder für Projekte. Dieses wiederum ist interessant für die Firmen, die Herr Riesenhuber berät. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier Interessenkonflikte sehr schwierig zu vermeiden sind, will Herr Riesenhuber den Erwartungen entsprechen, deretwegen er für die Firmen berufen wurde?"

Lobbyisten im neu gewählten deutschen Bundestag. 603 Abgeordnete sitzen im neuen Parlament. Ein großer Teil von ihnen steht auf den Gehaltslisten großer deutscher und internationaler Unternehmen. Ganz vorne auf der Liste: Banken, Versicherungen und Stromkonzerne. Nicht mit aufgeführt die zahlreichen Verbände, die sich die Abgeordneten gern zu Diensten machen. Dabei heißt es im Grundgesetz, dass Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden sind.

Prof. Hans Herbert von Arnim: "Abgeordnete werden nach dem Grundgesetz zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit vom Steuerzahler bezahlt – und nicht zu schlecht. Wenn sie sich jetzt in die finanziellen Hände eines Unternehmens oder Verbandes begeben, verkaufen sie diese ihre Unabhängigkeit. Sie werden zu Dienern zweier Herren, und das darf eigentlich nicht sein."

Diener zweier Herren. Dies gilt wohl auch für den wieder gewählten Abgeordneten Reinhard Schultz von der SPD. Nebenberuflich ist der bisherige stellvertretende energiepolitische Sprecher der Fraktion Unternehmensberater mit besten Kontakten zur Energiebranche. Zum Beispiel beriet er die Hamburger Elektrizitätswerke HEW, die mittlerweile zum schwedischen Energiegiganten Vattenfall gehören. Bei der Übernahme der ostdeutschen Stromunternehmen VEAG und LAUBAG konnte sich das Unternehmen auf die Dienste des Abgeordneten stützen – und prompt erhielt der zwei Aufsichtsratsmandate bei den beiden Ost-Unternehmen. Doch von Interessenskonflikten will der Bundestagsabgeordnete Schultz nichts wissen.

Reinhard Schultz: "Mein Job ist es natürlich schon, als Unternehmensberater dafür zu sorgen, dass die Firmen, die ich berate, günstig abschneiden. Aber das ist keine Frage zwischen Staat und dem Unternehmen, sondern in der Regel zwischen unterschiedlichen Unternehmen."

Reporterin: "Das müssen Sie mir jetzt erklären, wie Sie das hinkriegen."

Reinhard Schultz: "Es stehen keine Fragen an, wo die Politik gefragt wäre, um Unternehmen zu begünstigen, wenn es um die Frage geht, von Fusionen oder Neuaufstellungen von Unternehmensgruppen. Dann begleitet Politik das zwar mit großem Interesse, aber es ist keine Sache des Parlamentes."

Auf der Homepage des Abgeordneten Schultz klingt das ganz anders. Da äußert er sich eindeutig zu dem Mega-Deal, den er als Unternehmensberater mit eingefädelt hat.

"Der VEAG/LAUBAG-Erwerb durch HEW ist ein großer Schritt zur vierten Kraft der Stromwirtschaft"

feiert da der Abgeordnete Schultz und macht klar, dass es

„wichtig ist, dass die Politik dem neuen Unternehmen zu einem guten Start verhilft“.

Prof. Erwin K. Scheuch: "Der Abgeordnete Schultz ist offensichtlich ein reiner Interessenvertreter seines Brötchengebers. Er verfolgt dessen Politik. Hier kann von einer unabhängigen Tätigkeit als Abgeordneter nicht mehr die Rede sein. Hier ist er als reiner Lobbyist für einen Arbeitgeber tätig und nicht, wie es seine Aufgabe wäre, als Volksvertreter."

Mit einem kann es allerdings keiner aufnehmen: Günter Rexrodt, Alt- und Neuparlamentarier, ehemaliger Wirtschaftsminister unter Helmut Kohl. Der Berliner Spitzenkandidat der FDP ist

ganz vorne mit dabei, wenn es um Sitze in Aufsichtsräten, Vorständen und Beiräten von Unternehmen geht. Eine beeindruckende Liste kommt da zusammen, vor allem Versicherungen und Immobilienunternehmen. Aber auch als Unternehmensberater ist Günter Rexrodt tätig. Und auch für ihn gilt: Alles kein Problem!

Günter Rexrodt: "Sie dürfen auch nicht abzählen, sondern Sie müssen sehen, dass ich in kleinen, auch in kleinen, Unternehmen bin. Und dass ein Wirtschaftsminister nicht nur Sonntagsreden hält, sondern gerade kleinen Unternehmen seinen Rat zur Verfügung stellt, damit sie wachsen können. Das ist, glaub' ich, in sich schlüssig, und das müsste man eigentlich erwarten."

Kleine Unternehmen? Da hat Günter Rexrodt wohl den Überblick verloren. WMP, Wirtschaft, Medien, Politik nennt sich das PR-Unternehmen, für das Rexrodt im Vorstand sitzt. Rund 740.000 Mark betrug das Gesamt-Vorstandsgehalt im Jahr 2000. Die Kunden gehören zu den größten europäischen Unternehmen. Darunter der Energieriese e.on oder der Telekommunikationsverband vatm. Und – wieder einmal – der schwedische Energiekonzern Vattenfall, für den Rexrodt sich auch als Politiker einsetzt. Als es um den Einstieg in den ostdeutschen Strommarkt ging, machte sich Rexrodt öffentlich für seinen eigenen Großkunden stark. Vattenfall sei der beste Bewerber, schrieb Rexrodt in der "Welt" und weiter:

"Der schwedische Vattenfall-Konzern hat da wesentlich mehr vorzuweisen... Die Schweden haben sich da mehr Mühe gegeben."

Prof. Erwin K. Scheuch: "Der Abgeordnete Rexrodt setzt sich öffentlich für die privaten Interessen des Vattenfall-Konzerns ein. Und er tut das als Bundestagsabgeordneter. Zugleich wissen wir, dass er als Geschäftsmann Beziehungen zum Vattenfall-Konzern hat. Hier liegt also ein klarer Fall von Lobbyismus vor, der Verwischung von beruflichen Interessen und offiziellem Mandat."

"Mehr Transparenz!" fordern Kritiker schon lange bei den Nebenjobs der Abgeordneten. Doch damit sieht es schlecht aus, bei der ganz großen Koalition der Nebenverdiener im Parlament.

Prof. Hans Herbert von Arnim: "Die Amerikaner haben sehr weitgehende Konsequenzen seinerzeit aus ihrem Watergate-Skandal gezogen und den Abgeordneten jede Nebentätigkeit verboten. Bei uns fehlen entsprechende Konsequenzen, wir haben weder Konsequenzen aus der seinerzeitigen Flick-Affäre gezogen, noch haben wir Konsequenzen aus dem CDU-

oder dem SPD-Parteispendenskandal gezogen. Bei uns scheinen die Kontrollen nicht zu funktionieren."

"Alle Macht geht vom Volke aus", auch das steht in der Verfassung. Doch dem deutschen Volk allein fühlt sich wohl auch der neue Bundestag nur eingeschränkt verpflichtet.

Sonia Mikich: "In wenigen Wochen, wenn der neue Bundestag zusammentritt, sollen die Abgeordneten auch über Beraterverträge Auskunft geben. Mehr Transparenz? Von wegen. Das ist nur Kosmetik, nach vielen Skandalen. Denn: Wie viel ein Parlamentarier konkret bei einem Konzern oder Verband nebenbei absahnt, dass bleibt weiterhin geheim. Im Namen des Volkes."